

## Eine Strategie für Rußland

(1/1994)

Im 2+4-Vertrag haben die Westmächte und die Bonner Republik völkerrechtlich bindend anerkannt, daß Mitteldeutschland außerhalb des Nato-Gebietes bleibt. Folglich stehen heute die deutschen Truppen auf dem ehemaligen DDR-Gebiet als einzige nicht unter Nato-Befehl. Der strategische Gehalt des 2+4-Vertrages ist also die Nichterweiterung des Nato-Gebietes. Bonn und die Westmächte haben der Einbetonierung der Nato auf ihren Umfang vor der deutschen Teilvereinigung zugestimmt. Der Warschauer Pakt konnte aufgegeben werden, weil die Nato zerniert war.

Die Nato-Beitrittswünsche ehemaliger Ostblockländer sind der Versuch einer strategischen Umwälzung in Mittelosteuropa, realiter jedoch eine aussichtslose Rebellion gegen die geopolitische Lage. Darüber hinausgehend ist das Nato-Beitrittsgesuch Litauens eine ausgesprochene politische Kriegserklärung Amerikas gegen den Bestand der russischen Föderation, der völkerrechtlichen Erbin der Sowjetunion. Denn Litauen verwaltet das Memelgebiet, das zu den Ostgebieten des Deutschen Reiches gehört, die nach wie vor unter russischer Besatzungshoheit stehen. Wäre das Memelland Nato-Gebiet, stünde Rußlands Zugriff auf sein deutsches Besatzungsgebiet unter der Drohung eines Krieges mit dem ganzen nordatlantischen Bündnis. Gleiches gilt im Falle der Nato-Mitgliedschaften Polens und der Tschechei für die übrigen deutschen Ostgebiete und das Sudetenland.

Selbst ohne die memelländische Spitze ist die Nato-Ausrichtung baltischer Staaten die bündnispolitische Landung der Alliierten in der russischen Normandie. Weil alle Völkerrechtsverträge unter dem Vorbehalt der *clausula sic rebus stantibus* geschlossen werden, ist der 2+4-Vertrag jetzt schon von den Westmächten außer Geltung gesetzt. Rußland wie Deutschland sind damit vom 2+4-Vertrag nicht mehr geschützt, aber auch nicht mehr an ihn gebunden. Letzteres wird offenbar werden, sobald die beiden größten Völker Europas Regierungen haben, die gewillt sind, sich von fremdherrschaftlichen Einflüssen zu befreien. Jetzt aber ist Rußland in Not, und Rußland braucht eine Strategie ihrer Abwendung.

In der Außenpolitik hat Rußland mehrere Möglichkeiten des Vorgehens. Es kann erstens die weitere Erfüllung seiner Pflichten aus dem 2+4-Vertrag - insbesondere

den endgültigen Abzug aus Mitteldeutschland und ein auch künftig indifferentes Verhalten zu den deutschen Ostgebieten außerhalb Nordostpreußens - von einer förmlichen Verpflichtung der Nato auf ewige Nichterweiterung abhängig machen. Zweitens kann Rußland dasselbe von seiner eigenen Aufnahme in die Nato abhängig machen, was diese von einem nordatlantischen in ein nordeurasisches Bündnis verwandeln würde, das sich um die Achse Berlin-Moskau dreht. Drittens kann Rußland die jetzt eingetretene Lage anerkennen und den 2+4-Vertrag offiziell als erledigt erklären. - Nur der dritte Weg erscheint zur Zeit, angesichts des russischen Schwächezustandes, gangbar. Mit ihm öffnet sich Deutschlands künftiger Hauptverbündeter alle Optionen, ohne schon handeln zu müssen.

Außenpolitische Manöver, die Möglichkeiten eröffnen sollen, sind nur dann wirksam, wenn von Zügen begleitet, die Konfliktfähigkeit anzeigen. Deshalb sollte Rußland auf jeden Fall das Memelgebiet wieder seiner Besatzungsmacht unterstellen und mit dem nördlichen Ostpreußen wiedervereinigen. Gleichzeitig sollte von Litauen und den anderen baltischen Staaten verlangt werden, daß sie in völkerrechtlichen Verträgen anerkennen, Rußlands Sicherheitszone zu sein. Das hieße, diese Staaten verzichten auf das Recht, Bündnisse mit raumfremden oder feindlichen Mächten zu schließen, wobei als feindlich solche Bündnisse gelten, von denen Rußland ausgeschlossen ist.

Sobald der Schwächezustand überwunden ist und Rußland eine befreiungsnationale Führung hat, sollte es den Polen und Tschechen die Verwaltung der übrigen deutschen Ostgebiete entziehen. Dadurch werden beide als Brückenköpfe der Nato ausgeschaltet. Danach kann die Neuordnung Europas beginnen.